

2. Einheit: Kolumbien

In Kolumbien besteht der am längsten anhaltende bewaffnete Konflikt Lateinamerikas. Er ist sehr komplex mit seinen vielen Akteuren wie Militär, pro-staatlichem Paramilitär, contra-staatlicher Guerilla und kriminellen Organisationen („Drogenmafia“ mit Beziehung zu Paramilitär wie Guerilla) sowie indirekter Intervention der USA. Ein Ziel ist hier die Reflexion über die Konflikte zwischen den rationalen Interessen von einzelnen Gruppen und ganzen Gesellschaften. Die Friedensgespräche zwischen Regierung und Guerilla in Kuba werden als Beispiel der Friedensarbeit von „oben“, die Friedensgemeinde San José de Apartado wird als Beispiel der Friedensarbeit von „unten“ dargestellt. Die Einheit bezieht sich vor allem auf das Fach Politik; die erste Stunde kann auch in Spanisch eingesetzt werden, da es eine spanische Version der Slide Show gibt; die letzte Stunde kann auch in Wirtschaft durchgeführt werden, da es auch um Fair Trade geht.

Zeit	Inhalt	Methode	Medium
1. Stunde			
10 Min.	Die Friedensgemeinde San Juan de Apartado und andere Akteure bzw. Aktivitäten im Konflikt in Kolumbien	Präsentation	Slide Show http://www.youtube.com/watch?v=KoVMDZoqSU
25 Min.	mitschreiben/-lesen (und ggf. übersetzen) und Fragen beantworten: Was sind die Themen des Konflikts? Wer sind die Akteure des Konflikts? Was sind die Aktionen von Betroffenen zu einer Befriedung? Was sind die gewaltsamen Reaktionen? Was sind die gewaltfreien Reaktionen von Außenstehenden?	Einzelarbeit (Partner- oder Gruppenarbeit) Unterrichtsgespräch	
10 Min.	Eindruck/Einschätzung einer möglichen Lösung des Konflikts HA: Konfliktanalyse lesen	Unterrichtsgespräch	
2./3. Stunde			
5 Min.	Information über Unterrichtsverlauf mit Konfliktanalyse/Planspiel	LehrerInnenvortrag	Tafel
30 Min.	Vorbereitung: (lesen) Gegenstände, Beteiligte, Ziele, Mittel aufschreiben Rollen: Beteiligte, Ziele, Mittel verbessern, ergänzen, vergeben Simulation: in 4 bzw. 5 Gruppen in 4 Phasen durchführen	Planspiel: (Einzelarbeit) Partnerarbeit Unterrichtsgespräch Gruppenarbeit	Arbeitsblatt Konflikt Arbeitsblatt Planspiel
10 Min.	Auswertung: Resultate vorstellen, begründen und bewerten HA: Erklärung Friedensverhandlungen lesen	Unterrichtsgespräch	
4. Stunde			
5 Min.	Begriff „Gute Dienste“ - Spontanreaktionen	Unterrichtsgespräch	Tafel
30 Min.	Friedensverhandlungen (lesen) Fragen beantworten: Welche Inhalte haben die Gespräche zwischen kolumbianischer Regierung und Guerilla? Welche Gründe hat die kolumbianische Regierung für die Gespräche? Welche Gründe hat die kolumbianische Guerilla für die Gespräche? Welchen Rahmen haben die Gespräche? Welche Gründe hat der Rahmen der Gespräche? Welche Schwierigkeiten ergeben sich bei den Inhalten der Gespräche? Welche Schwierigkeiten ergeben sich bei dem Rahmen der Gespräche?	(Einzelarbeit) Partnerarbeit Unterrichtsgespräch	Arbeitsblatt Friedensprozess

10 Min.	Begriff „Gute Dienste“ - Definition HA: Artikel Friedensgemeinde lesen	LehrerInnenvortrag	Tafel
5. Stunde			
5 Min.	Bananen von Chiquita und von Transfair - Spontanreaktionen	Unterrichtsgespräch	Fotos/ Projektor
30 Min.	Friedensgemeinde (lesen) Recherche Solidarität mit Friedensgemeinde: pbi www.pbideutschland.de , gepa www.gepa.org , AFP www.aachener-friedenspreis.de	(Einzelarbeit) Gruppenarbeit	Arbeitsblatt Friedensinsel Computer
10 Min.	Präsentation der Akteure und Aktivitäten der Solidarität	SchülerInnenvortrag	Plakate

Banane ist Banane?



Blutiger Konflikt ohne Ende?

Weitgehend außerhalb des öffentlichen Medieninteresses findet in Kolumbien weiterhin ein höchst komplizierter Bürgerkrieg statt. Seine Wurzeln reichen weit zurück und entluden sich erstmals 1948 in der sog. „Violencia“, in der sich Anhänger der liberalen und der konservativen Partei in Städten, aber auch in den Dörfern gegenseitig massakrierten. Bis heute hat Kolumbien die höchste Rate an „normaler“ wie politischer Kriminalität: Drogenmafia, Guerillas, eine „Entführungsindustrie“, paramilitärische Gruppen, vom Militär und den Reichen gefördert, und Regierungen, die zwischen Friedensbereitschaft und hartem Durchgreifen (also Gewalt gegen Guerilleros und solche, die sie dafür halten) pendeln, aber im Grunde machtlos sind. Über allem schweben die USA, die offiziell einen Drogenkrieg führen, in Wirklichkeit über den Plan Colombia aber ihre geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen mit allen Gewaltmitteln durchzusetzen suchen.

Im Folgenden sollen die Ursachen des Konfliktes, die verschiedenen internen wie externen Akteure und die Rolle sozialer Bewegungen näher beleuchtet werden.

Die Basis der Gewalt in Kolumbien ist und bleibt die ungerechte Landverteilung. 5 % der Bevölkerung besitzen 80 % des bebaubaren, fruchtbaren Landes. Zwei Drittel besitzen umgekehrt nur 5 % des Bodens. Trotz verschiedentlich angekündigten Bodenreformen geht die Schere tendenziell auseinander. Ein wichtiger Faktor für die Gewalt gegen die Bauern, die indigenen und afrokolumbianischen Gemeinden ist das Interesse der multinationalen Unternehmen an den Bodenschätzen und der reichen Biodiversität, die das Land besitzt.

Diese Ungerechtigkeit ist auch die Ursache für das Aufkommen der Guerillas in Kolumbien. Die älteste Guerilla-Gruppe, die FARC, hatte zeitweise ein Viertel des Landes unter ihrer Kontrolle. In dieser Zeit hat sie z.T. soziale Verbesserungen in den von ihnen kontrollierten Gebieten eingeführt, andererseits aber - da sie eben ein militaristischer Verband ist - der Bevölkerung auch Zwangsrekrutierte abgepresst. Sie profitiert ebenfalls vom Drogenanbau und ist verantwortlich für schwere Verletzungen des internationalen humanitären Völkerrechtes durch Anschläge auf die Zivilbevölkerung in Dörfern und Städten. Aufsehen erregte die FARC durch die Entführung der unabhängigen Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt. Angeblich hatte sie auch den Erzbischof Jorge Jimenez entführt.

Eine weitere Ursache des Konfliktes ist das das gesamte politische System überlagernde Wechselspiel der liberalen und konservativen Partei. Während letztere die Partei der Großgrundbesitzer und Unternehmer ist, ist erstere eher die des aufstrebenden Bürgertums. Mit wenigen Ausnahmen hat keine der Parteien ernsthaft eine Veränderung der sozial und wirtschaftlich ungerechten Gesellschaftsstrukturen angestrebt. Eine Ausnahme bildete der linksliberale Volkstribun und Präsidentschaftskandidat der liberalen Partei von 1948, Jorge Eliécer Gaitán, welcher am 9. April 1948 einem Attentat zum Opfer fiel. Damit war ein Hoffnungsträger des Volkes für soziale Reformen ermordet worden und der Startschuss zur brutalen Violencia, einem Bürgerkrieg, der bis 1958 200.000 Menschenleben forderte, gesetzt.

Seitdem wechselten sich die beiden Parteien alle vier Jahre ab, die liberalen Präsidenten geben sich moderater und z.T. gesprächsbereiter, die konservativen unnachgiebiger. Nach Beendigung dieser „Frente Nacional“ in den 70ern wurde der ausschließende Charakter des Zweiparteiensystems auch dadurch erhalten, dass Vertreter alternativer Parteien systematisch verfolgt wurden. So wurden im Laufe weniger Jahre mehr als 3000 gewählte Mitglieder der 1986 gegründeten linken Partei „Union Patriótica“ einschließlich ihres Präsidentschaftskandidaten ermordet.

Neben den Parteien und den Guerillas sind als Akteure im Konflikt die Drogenmafia, die paramilitärischen Gruppen, die Militärs und die USA (und soziale Bewegungen) zu nennen.

Die Drogenmafia zeigt sich nach außen etwas weniger gewalttätig als früher. Nach dem Tod von Pablo Escobar und der Verhaftung mehrerer Drogenbosse erschüttern nicht mehr - wie in den 80er Jahren - Autobomben die Großstädte Medellín, Cali und Bogotá und verursachen eine Unzahl von Toten und Verletzten. Trotzdem bieten die verbliebenen Drogenkartelle auch weiterhin den Jugendlichen in den Armenvierteln Arbeit als Drogenkuriere oder auch Auftragskiller. Und sie geben Kleinbauern, die Coca anpflanzen, z.T. bessere Preise als diese für andere Anbauprodukte erhalten würden. Inzwischen sind alle Kriegsparteien am Drogengeschäft beteiligt. Es gibt viele Hinweise darauf, dass auch Teile des Establishments involviert sind und von den Geschäften profitieren.

Hauptverantwortliche der unzähligen Menschenrechtsverletzungen sind die paramilitärischen Gruppen. Diese werden zum einen von Großgrundbesitzern und Unternehmern angeheuert, um missliebige Gewerkschafter und Menschenrechtsverteidiger zu ermorden und für ihre Rechte kämpfende Kleinbauern zu vertreiben. So gibt es inzwischen mehr als 2 Mio. Inlandvertriebene in Kolumbien. Zum anderen machen sie aber auch die Drecksarbeit für die kolumbianische Armee, von denen sie dann auch die Waffen erhalten. In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, dass der BP-Konzern die 16. Armeebrigade - eine Antiguerilla-Einheit - mit 5 Mio. US-\$ finanziert hat.

Was die Finanzierung der kolumbianischen Armee sowie des Geheimdienstes und der Polizei angeht, so sind die USA die größten Geldgeber. Im Rahmen des Plan Colombia erhält die kolumbianische Regierung in 5 Jahren insgesamt fast 5 Milliarden US-\$ für die Nationale Sicherheit (also Streitkräfte, Polizei, Anti-Drogen-Bataillone, Justiz) von den USA, aber auch anderen westlichen Staaten.

Kritiker sehen im Plan Colombia, welcher offiziell ein „Plan für Frieden, Wohlstand und Stärkung des Staates“ ist, eine Form der US-Intervention im Kampf gegen Drogen und die Guerilla. Hauptargument dabei ist, dass der Plan den Einsatz in der Provinz vorsieht, in der sich die Basen der Guerilla konzentrieren. Der Antidrogenkampf wird vorwiegend dadurch geführt,

dass die Coca-Felder der Kleinbauern mit Chemikalien besprüht werden. Nur 0,7 % der Ausgaben im Plan Colombia dient den sozialen Bewegungen und damit der Thematisierung der Konfliktursachen. Womit ich bei den sozialen Bewegungen wäre:

In Kolumbien gibt es traditionell eine große Anzahl sozialer Bewegungen. Zu nennen wäre z.B. die Menschenrechtsorganisation CREDHOS, das Bündnis von vielen Frauenorganisationen „Mujeres contra la Guerra“ und eine Allianz von Menschenrechts- und sozialen Gruppen wie die Asamblea Permanente por la Paz, aber auch Friedensgruppen wie der Verband der Kriegsdienstverweigerer und die sog. Friedensdörfer.

In den Gebieten, in denen die Guerilla FARC und die paramilitärischen Gruppen sich bekämpfen, versuchen einzelne Gemeinden ihre Instrumentalisierung durch die beiden Gruppen zu verhindern und sich zu entmilitarisierten Zonen zu erklären. Einige waren dabei erfolgreich, andere bezahlten ihr Friedensengagement mit Überfällen durch die Guerilla oder die paramilitärischen Gruppen.

So wurden in dem „Friedensdorf“ San José de Apartado in vier Jahren 85 Bewohner hauptsächlich von Paramilitärs ermordet. Trotz aller Repression ist diese Bewegung der Friedensdörfer und autonomen Gemeinden ohne Einbindung in eine der gewaltbereiten Gruppen im Lande die einzige Chance für eine positive Zukunft in Kolumbien.

Die Regierung nach der Wahl des konservativen Präsidenten Alvaro Uribe betrieb im Namen der Antiterrorismuskampagne mit Hilfe einflussreicher Medien eine Polarisierungs- und Militarisierungspolitik. Mit Ausnahmegesetzgebung und Dekreten, die der Präsident erließ, wurden demokratische Rechte außer Kraft gesetzt. Damit wurde die jetzt schon bald 100-prozentige Straffreiheit bei Menschenrechtsverletzungen weiter abgesichert.

Menschenrechtsaktivisten und soziale Organisationen, welche die Verantwortung des Staates aufzeigen, vor allem die Kooperation von staatlichen Sicherheitskräften und Paramilitärs, wurden erst als Guerilla-Helfer diffamiert und waren extremer Verfolgung ausgesetzt. Doch die Friedens- und Menschenrechtsbewegung in Kolumbien forderte eine politische Lösung des Konflikts unter Einschluss der ernststen sozialen Probleme und Beachtung der Menschenrechte.

Dann plante die Regierung wirklich die Demobilisierung der paramilitärischen Milizen. Diese Entwaffnung scheiterte zwar anfangs teilweise, war aber schließlich mehr oder minder erfolgreich. 2010 wurde der konservative Minister Santos als Nachfolger von Uribe zum Präsidenten gewählt. Er nahm erneut Verhandlungen mit der FARC auf. Der Grund dafür liegt auch darin, dass er erst in einer Stichwahl gegen Antanas Mockus gewann, einen grünen Politiker, früheren Bürgermeister von Bogotá und Befürworter einer politischen Lösung des Konflikts mit der Guerrilla.

Quelle: Brües, Stephan (2003) „Kolumbien“, in: Friedensforum 1/03

(Bearbeitung und Aktualisierung: Stephan Brües und Kai-Uwe Dosch)

Aufgabe:

Schreiben Sie die Gegenstände, Beteiligten, Ziele und Mittel im Konflikt auf!

Planspiel

Vorbereitung

Konfliktanalyse lesen, Gegenstände (Besitz- und Gewaltverhältnisse), Beteiligte (Regierung, Paramilitärs, Guerrilla, Drogenmafia und Gemeinden/Bewegungen), Ziele, Mittel aufschreiben.

Rollenvergabe

Rollen der Beteiligten, ihrer Ziele und Mittel ggf. verbessern, ergänzen und an je vier oder fünf Teilnehmer vergeben.

Regierung: Ziele (Gewalt soll nur von Regierung angewandt werden, soll von allen anderen nicht angewandt werden, soll auch von Regierung nicht zu viel angewandt werden, soll vor allem gegen Gemeinden nicht zu viel angewandt werden, Besitz soll erhalten werden, soll vor allem von allen anderen anerkannt werden), Mittel (militärische, polizeiliche und juristische Aktionen, Steuern, Subventionen, Verhandlungen)

Paramilitärs: Ziele (Besitz soll erhalten und durchgesetzt werden, Gewalt soll gegen Guerrilla (mehr) und Gemeinden (weniger) angewandt werden), Mittel (militärische Aktionen, Gewaltverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, vor allem Vertreibungen, „Sicherheitsdienstleistungen“, Verhandlungen)

Guerrilla: Ziele (Besitz soll umverteilt werden, Gewalt soll gegen Paramilitärs (mehr) und Regierung (weniger) angewandt werden), Mittel (militärische Aktionen, Gewaltverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, vor allem Entführungen, soziale Dienstleistungen, „Sicherheitsdienstleistungen“, Verhandlungen)

Drogenmafia: Ziele (Gewalt soll gegen alle anderen angewandt werden, vor allem eigener Besitz soll erhalten und vermehrt werden), Mittel (Drogenanbau, -verarbeitung und -handel, Gewaltverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, ökonomische Dienstleistungen)

Gemeinden: Ziele (Besitz soll umverteilt werden, Gewalt soll nicht (zu viel) angewandt werden), Mittel (Drogenanbau, politische Aktionen, vor allem Protest und Streik, soziale Dienstleistungen, Verhandlungen)

Simulation

mindestens vier Gruppen mit je vier Mitgliedern gleich 16 Teilnehmern bzw. fünf Gruppen mit je fünf Mitgliedern gleich 25 Teilnehmern (mit bzw. ohne Gemeinden) einteilen.

Phase 1A: alle Mitglieder in einer Gruppe beraten und beschließen Aktionen und mögliche Reaktionen gegenüber anderen Gruppen

Phase 1B: je ein Mitglied in einer Gruppe stellt je einem Mitglied aller anderen Gruppen Aktionen gegenüber anderen Gruppen vor, je ein Mitglieder aller anderen Gruppen stellt Reaktion anderer Gruppen vor

Phase 2A: je ein Mitglied in einer Gruppe stellt Reaktionen aller anderer Gruppen vor, sonst wie 1A

Phase 2B: wie 1B

Auswertung

alle Mitglieder bzw. Gruppen stellen die Resultate ihrer Aktionen vor, begründen und bewerten diese:

Ist ein Resultat überhaupt erreicht worden oder nicht?

Warum ist das so? Hat eine Gruppe besonders konstruktiv oder destruktiv agiert? Haben alle Gruppen wirklich agiert oder reagiert?

Ist der Endzustand besser oder schlechter als der Anfangszustand? Was ist besser oder schlechter geworden? Wäre ein besserer Endzustand möglich gewesen? Wie wäre ein besserer Endzustand möglich gewesen?

Erklärung zum Friedensprozess

Besorgnis über die Fortsetzung der Kampfhandlungen und über unklare Beteiligungsmöglichkeiten für zivile Akteure

16.11.2012

Die kolumbianische Regierung und die FARC-Guerilla (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) haben sich nach monatelangen Geheimverhandlungen auf eine Verhandlungsagenda zur Beendigung des bewaffneten Konflikts zwischen den beiden Parteien geeinigt. Hilfswerke, Menschenrechtsorganisationen und Solidaritätsgruppen, die in der Deutschen Menschenrechtskoordination Kolumbien zusammenarbeiten, begrüßen diesen Schritt, äußern aber gleichzeitig Sorge über fortgesetzte Kampfhandlungen und die unklaren Beteiligungsmöglichkeiten für ihre Partnerorganisationen an dem Prozess.

Mit der Offenlegung der Geheimverhandlungen zwischen kolumbianischer Regierung und FARC wurde ein hoffnungsvoller Schritt in Richtung einer Friedenslösung im längsten bewaffneten Konflikt der westlichen Hemisphäre gemacht. Nach den vielen Ankündigungen von Präsident Santos, er habe „den Schlüssel zum Frieden in der Tasche“ war die Tatsache keine Überraschung mehr. Allerdings überraschte die Klarheit der Verhandlungsagenda: Sie umfasst nicht nur die technischen Rahmenbedingungen eines Waffenstillstands und die Entwaffnung der Kämpfer/innen, sondern auch eine Reihe von politischen Themen.

Der Eintritt in die zweite Phase der Verhandlungen ab dem 15. November in Havanna, Kuba, in denen die fünf Themen – ländliche Entwicklung, politische Beteiligung, bewaffneter Konflikt, illegale Drogen, Opfer – konkret behandelt werden sollen, erfüllt weite Bereiche der kolumbianischen Gesellschaft mit großer Hoffnung. Tatsächlich wäre ein Friedensschluss zwischen Regierung und FARC ein großer Schritt nach vorne. Zu begrüßen ist auch die Klarheit beider Seiten, dass ein Abkommen zwischen den Verhandlungsparteien nicht das Ende, sondern lediglich der Anfang eines wirklichen Friedensprozesses sein kann, der die Beteiligung weiterer Akteure einbezieht.

Dabei ist zu bedauern, dass die Parteien sich nicht auf eine Feuerpause einigen konnten, denn es ist zu befürchten, dass beide während der Gespräche versuchen werden, ihre Verhandlungsposition zu stärken indem sie militärische Stärke beweisen. Dies wird, der bisherigen Logik dieses Konfliktes folgend, auf Kosten der Zivilbevölkerung gehen. Deshalb appellieren die unterzeichnenden Organisationen an die Verhandlungsparteien, entweder einen beidseitigen Waffenstillstand zu vereinbaren oder jeweils unilateral die Kampfhandlungen einzustellen und das humanitäre Völkerrecht zu achten.

Ebenso ist es erstrebenswert, dass die zweite Guerillagruppe ELN (Ejército de Liberación Nacional – Nationales Befreiungsheer) sich den Verhandlungen anschließt und dies von Regierung und FARC-Guerilla ermöglicht wird. Eine gemeinsame Erklärung der Guerillagruppen vom September gibt eine Grundlage dafür.

Die Zivilgesellschaft insgesamt und das Spektrum der Partnerorganisationen der deutschen Hilfswerke, Menschenrechtsorganisationen und Solidaritätsgruppen begrüßen den Verhandlungsprozess grundsätzlich und verfolgen ihn mit großem Interesse. Ihre Positionierung zu spezifischen Aspekten steht jedoch noch aus. Die Vielfalt der gesellschaftlichen Stimmen sollte in den Prozess einfließen. Noch ist kein klarer Mechanismus zu erkennen, wie dies geschehen soll. Neben den regionalen Foren, die vom kolumbianischen Parlament geplant sind, werden sicher noch andere Mechanismen notwendig sein, um Positionen aus der organisierten Zivilgesellschaft einzubringen. Die Verhandlungsparteien repräsentieren nicht die Stimme der gesamten Gesellschaft in einem Land, das von regionaler, ethnischer und sozialer Diversität geprägt ist, sodass es einer intensiven Konsultation mit den Vertreter/innen dieser gesellschaftlichen Gruppen bedarf. Beide Seiten sollten dabei die Unabhängigkeit der sozialen Prozesse achten.

Im Zentrum jedes Friedensabkommens sollten die Rechte der Opfer stehen. Alle Parteien des bewaffneten Konflikts haben sich schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verletzungen des Humanitären Völkerrechts zuschulden kommen lassen. Die kolumbianische Gesellschaft wird einen intensiven Prozess der Aufarbeitung benötigen, in dem Wahrheitsfindung, Rechtsprechung, Versöhnung und Vergebung harmonisiert werden. Eine generelle Straflosigkeit darf es nicht geben und die Rechte der Opfer auf Wahrheit, Gerechtigkeit, Entschädigung und Nicht-Wiederholung der Taten müssen Orientierung für die ein Abkommen sein. Hierzu bedarf es auch einer kritischen Revision des Mitte 2012 verabschiedeten „Rechtsrahmen für den Frieden“ (marco jurídico para la paz).

Auch für die Bundesregierung erwachsen Herausforderungen aus dem Friedensprozess, denn die internationale Unterstützung wird von Bedeutung sein. Den Verhandlungen und den internationalen Garantiestaaten (Norwegen, Kuba, Venezuela und Chile) die volle Unterstützung anzubieten ist eine kurzfristige Aufgabe für alle Nationen, die sich dem Prinzip der Völkerverständigung und der friedlichen Beilegung von Konflikten verpflichtet fühlen. Auf mittlere und lange Sicht sollte eine Unterstützung des Friedensprozesses ausgehend von den Prinzipien der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Wahrheitsfindung erfolgen, die der kolumbianischen Gesellschaft hilft, den Weg zu einer nachhaltigen Friedenslösung einzuschlagen. Die organisierte Zivilgesellschaft und Opfergruppen dabei zu unterstützen, ihre Stimmen einzubringen, stellt dabei eine wichtige Aufgabe dar.

Quelle: <http://kolko.net/krieg-und-frieden/deutsche-hilfswerke-und-zivilgesellschaft-begrusen-friedensverhandlungen-in-kolumbien/>

Friedliche Insel, tief im Krieg

195 Dorfbewohner wurden ermordet. Dennoch sagen die Menschen Nein zu Rache und Gewalt

Schweißperlen glitzern auf der Stirn von Bernardo Gómez, als er die Hochebene erreicht. Ein letztes Mal treibt Gómez seine Mulis an. Die Maultiere tragen allerlei Güter für La Unión, ein abgelegenes Dorf im Hinterland der kolumbianischen Bananenregion Urabá.

Dann taucht das Gatter auf, das den Eingang zur »Comunidad de Paz«, zur »Friedensgemeinde« San José de Apartadó, markiert. Daneben steht ein großes buntes Blechschild mit dem Symbol der Friedensgemeinde von San José de Apartadó – der zwischen den grünen Hügeln aufgehenden Sonne. Neben dem Symbol stehen in dicken schwarzen Lettern die fünf Regeln. Sie gelten in La Unión genauso wie in den anderen Dörfern und Weilern, die sich zur Friedensgemeinde vereint haben.

»Im März 1997 war das«, erklärt Berta Tuberquia. »Damals haben wir die Gründungsurkunde unten in San José im Beisein von Vertretern der Diözese von Apartadó und von Pater Javier Giraldo unterzeichnet«, sagt die 36-jährige Frau mit den hochgesteckten schwarzen Haaren. »Die Haltung, auf unsere Neutralität und auf eine pazifistische Lebensweise zu bestehen, ist eine christliche«, erklärt die sympathische Frau, die in La Unión oft auswärtige Besucher in Empfang nimmt.

Berta Tuberquia ist die einzige Frau im Rat, dem siebenköpfigen Führungsgremium der Friedensgemeinde. Zum Rat gehört mit Wilson David Higueta ein weiteres Dorfmitglied. Gemeinsam haben Berta und David die pazifistische Dorfgemeinschaft auch schon in Europa vertreten.

Die Dorfgemeinschaft aus 220 Familien überlebt »zwischen allen Stühlen«, denn in Kolumbien tobt seit 1955 ein Bürgerkrieg. Der Krieg ist nicht zu übersehen: Auf dem Weg von San José de Apartadó, dem kleinen Dorf, in dem die Friedensgemeinde vor knapp 13 Jahren gegründet wurde, ins zwei Stunden Fußmarsch entfernte La Unión tauchen mehrfach schwer bewaffnete Uniformierte auf – Soldaten der kolumbianischen Armee.

Doch auch die linke Guerilla und die ultrarechten Paramilitärs agieren in der fruchtbaren Hügelregion nahe der Grenze zu Panama. »Keiner der bewaffneten Akteure respektiert unser Recht auf Neutralität. Immer wieder drangen sie mit ihren Waffen in unsere Dörfer ein«, klagt Berta und streicht sich eine Haarsträhne aus der Stirn. Waffen sind auf dem Gebiet der Friedensgemeinde ebenso verboten wie die Unterstützung der Kriegführenden. »Zudem verpflichten sich die Mitglieder der Friedensgemeinde, gegen die in Kolumbien weit verbreitete Straflosigkeit für Mörder und Gewalttäter einzutreten. Ferner sind wir alle verpflichtet, Gemeinschaftsarbeit zu leisten«, erklärt die kleingewachsene Frau und deutet auf das Blechschild neben dem Gatter. Die fünf Regeln des Friedensdorfes haben es in Übersee zu einiger Beachtung gebracht. Im Kriegsland Kolumbien rufen sie Anfeindungen hervor.

Von der Guerilla wurde die Friedensgemeinde mehrfach der Kollaboration mit der Armee und den Paramilitärs bezichtigt, und umgekehrt ist es nicht anders. »Es ist sehr schwer, tief im Krieg zu leben«, sagt die Ratsfrau mit leiser Stimme und stapft in ihren Gummistiefeln auf den nach allen Seiten offenen Versammlungspavillon in der Mitte des kleinen Dorfes zu. 48 Familien leben derzeit in La Unión, und gegen Abend trifft man sich in aller Regel im Pavillon, um alles Nötige für den folgenden Arbeitstag zu planen. Auch Wilson Higueta, Bertas Compañero im Rat der Friedensgemeinde, kommt gerade von der Arbeit in einer der Bananenplantagen des Dorfes zurück.

»Wir arbeiten stets in kleine Gruppen, denn es ist zu gefährlich, allein draußen unterwegs zu sein«, erklärt der 34-jährige Familienvater mit dem dünnen Bärtchen auf der Oberlippe. Insgesamt 195 Mitglieder der Friedensgemeinde, alles Zivilisten, wurden seit der Gründung 1997 ermordet. Ein immenser Blutzoll angesichts von derzeit rund 1350 Bewohnern. Unnötige Risiken werden daher strikt vermieden. »Wenn bewaffnete Akteure im Umfeld des Dorfs unterwegs sind, wird halt innerhalb des Dorfes gearbeitet«, erklärt Wilson Higueta und schiebt den Hut in den Nacken. Im Dorf ist es leidlich sicher. Dafür sorgt die Präsenz der internationalen Begleitorganisationen.

Neben den Internationalen Friedensbrigaden (PBI) sind Freiwillige vom Internationalen Versöhnungsbund und auch italienische Freiwillige regelmäßig in La Unión und im zweiten großen Dorf der Friedensgemeinde, San Josecito, präsent. »Wir sind der Fisch, aber die Kraft zu schwimmen gibt uns erst die internationale Solidarität«, erklärt Berta mit fester Stimme und streichelt dem jüngsten ihrer insgesamt fünf Kinder den Kopf. Fast 13 Jahre schwimmt die Gemeinde nun gegen den Strom, und der Schlag der Flossen wird stärker.

Das hat auch damit zu tun, dass die wirtschaftlichen Perspektiven aus dem Bioanbau, die sich die Bauern in den letzten Jahren aufbauten, langsam zu tragen beginnen. »Vor etwa acht Jahren entschieden wir, auf den ökologischen Anbau umzustellen. Mittlerweile sind unsere Anbauflächen zertifiziert, und wir verkaufen unseren Kakao und unsere Mini-Bananen an Fair-Trade-Unternehmen in Deutschland«, erklärt Wilson Higueta. Er selbst hat den Kontakt zum Importeur BanaFair mit aufgebaut, und seit Monaten verlässt alle zwei Wochen ein Container mit Bananitos den Hafen von Cartagena in Richtung Deutschland. Vor allem in Weltläden werden die schmackhaften Mini-Bananen verkauft. Der Friedensgemeinde bringen die Früchte eine kontinuierliche Einnahme.

»Das ist ein Riesenvorteil gegenüber dem Kakao«, erklärt der Bananen-Experte des Dorfes, Javier Sánchez. Kakao werde nur einmal pro Jahr geerntet. Die Erträge seien in den letzten Jahren rückläufig. Klimatische Probleme, vor allem zu viel Feuchtigkeit, macht der 38-jährige Sánchez dafür verantwortlich, dass die Menge der aromatischen Kakao-Bohnen, die 2009 an die Fair-Trade-Gesellschaft Gepa nach Wuppertal verkauft wurde, erneut sank. Doch mit den beiden deutschen Partnern steht die Friedensgemeinde wirtschaftlich merklich besser da, freut sich Berta Tuberquia. Alle zwei Wochen steht sie an der Packstation in La Unión und klebt das Logo der Friedensgemeinde auf die Bananitos. Die werden – in Kartons verpackt – auf dem Rücken der Mulis dann ins Tal nach San José de Apartadó geschafft. Keine einfache Tour für den Multreiber Bernardo Gómez; doch ohne die Mini-Bananen wäre es um die Zukunft der Friedensgemeinde schlecht bestellt.

Quelle: Henkel, Knut (2010) „Friedliche Insel, tief im Krieg“, in: Publik-Forum, Oberursel, 1/10